

# Volksinitiative bekommt in Region um Lübbenau Hunderte Unterschriften

## Viele Bürger in Lübbenau, Altdöbern und Calau gegen Kreisgebietsreform / Austausch von Argumenten bei Stammtisch in Lübbenau

Lübbenau Die CDU-Landtagsabgeordnete Roswitha Schier und Uwe Drewes, ihr Mitarbeiter im Wahlkreisbüro, kommen dieser Tage weit rum im Landkreis OSL. Beide wollen helfen, die geplante Kreisgebietsreform zu stoppen.



Roswitha Schier und Uwe Drewes wollen ihren Teil beitragen, die Volksinitiative zu unterstützen. Foto: Preikschat

Dazu sammeln sie Unterschriften für eine Volksinitiative, aus der ein Volksbegehren, schließlich ein Volksentscheid werden soll. Eine halbe Million Unterschriften wahlberechtigter Bürger wären am Ende erforderlich.

Bei einem Stammtisch des Vereins "Bürgernahe Brandenburg" am Donnerstag im Hotel "Spreevaldeck" in Lübbenau zeigten sich Schier und Drewes zuversichtlich, das Ziel zu erreichen. Schließlich hätten allein in Lübbenau und Senftenberg innerhalb nur einer Stunde jeweils rund 200 Bürger sofort bereitwillig gegen die Reform unterschrieben. Auch in Calau, Altdöbern, Ruhland, Ortrand und Lauchhammer füllten sich die Listen rasch, so die Landtagsabgeordnete. Nächste Woche werde man in Schipkau und Großräschen und am 1. Dezember auch auf dem Wochenmarkt in Vetschau auf die Bürger zugehen. In ganz Brandenburg gehen in den Städten die Listen rum, um wie gesetzlich vorgeschrieben innerhalb eines halben Jahres die zunächst einmal erforderlichen 20 000 Unterschriften

zusammenzubekommen. Roswitha Schier ist überzeugt, dass es aber sogar noch viel mehr werden. Ende des Jahres werde eine erste Zwischenbilanz gezogen.

Eine so rege Beteiligung wie bei den Unterschriftenaktionen hätte sich Roswitha Schier auch bei dem Stammtisch am Donnerstag gewünscht. Nur wenige Bürger kamen, um im "Spreewaldeck" zu erfahren, was gegen die Kreisgebietsreform spricht. Die Landtagsabgeordnete wies unter anderem auf Kreistag und Kreisverwaltung hin, die in dem geplanten Lausitzkreis aufgrund der großen Entfernungen und neuen Aufgaben heillos überfordert wären. Ehrenamtliche Arbeit in Vereinen und politischen Gremien werde erschwert, der Bürger müsse weitere Wege in Kauf nehmen. Eine Kostenersparnis bringe die Reform auch nicht, wie Erfahrungen in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern zeigten.

Argumente für die Reform wurden erwartungsgemäß nicht vorgetragen.